

Sitzung vom 12. Dezember 2023

**1465. Anfrage (Finanzielle Beiträge des Kantons an Babanews)**

Kantonsrat Tobias Infortuna, Egg, und Mitunterzeichnende haben am 30. Oktober 2023 folgende Anfrage eingereicht:

Babanews ist ein Online-Medium, das vom Kanton Zürich via Kantonales Integrationsprogramm (KIP) finanziell unterstützt wird. Dieses News-Portal äusserte sich nach den Terrorattacken der Hamas auf Israel wiederholt in hetzerischer Art gegen Israel. So wurde Israel zum Beispiel als Apartheidstaat bezeichnet. Zitat der Chefredakteurin Albina Muh-tari auf dem Instagram-Kanal von Babanews: «Nichts rechtfertigt das Töten von Zivilisten. Aber wer jetzt von Relativierung spricht, wenn die israelische Besatzungs-, Kolonial- und Apartheidspolitik als Kontext herangezogen wird, lebt in einem luftleeren Raum.» Der Terror der Hamas wird also bewusst und mit Falschaussagen relativiert, indem Israel als Besatzungs- und Kolonialmacht und als Apartheidstaat bezeichnet wird. Diese unsachlichen Unterstellungen werden als Rechtfertigung für den Terror herangezogen. Tatsache hingegen ist, dass Israel weder den Gaza-streifen besetzt hält noch Kolonien besitzt. Zudem ist Israel der einzige demokratische Rechtsstaat der Region und beruht somit auf dem Gegenteil von Apartheid.

In einer anderen Aussage nimmt Babanews einseitig Stellung zu den ungeklärten Ereignissen, die ein Spital in Gaza betreffen. Zitat: «Im #srfclub läuft gerade eine Diskussion über die Ereignisse in Israel und Palästina. Unter den sechs Gästen ist keine einzige palästinensische oder muslimische Stimme. Dass die Sendung ausgestrahlt wird, nachdem 500–1000 Menschen in einem Spital in Gaza bombardiert und getötet wurden, ist an Zynismus kaum zu überbieten. Damit trägt #SRF aktiv zur Dehumanisierung der Palästinenser bei. Erschütternd.»

Selbstverständlich erfolgte seitens Babanews nachher keine Berichtigung über den mutmasslichen Urheber der Bombardierung.

Auch der Podcast, in dem über die aktuelle Lage diskutiert wird, ist eine einzige Anklage gegen Israel, das wiederholt als Aggressor hingestellt wird. So auch in einer weiteren Aussage auf Babanews. Zitat: «Eine Million Minderjährige sind gerade in Gaza eingeschlossen und werden bombardiert. Sie haben kein Essen, Wasser oder Strom. Israel lässt die palästinensische Zivilbevölkerung für ein Verbrechen der Hamas zahlen und die Welt schaut dabei zu. Ist das das Israel zu dem ihr steht?»

Was Babanews betreibt, ist das Gegenteil von Integration. Stattdessen wird auf einseitige und hetzerische Art einer Spaltung zwischen den Menschen Vorschub geleistet.

Wer Integration als Ziel hat, hat eine Verantwortung gegenüber der Gesellschaft.

Wir ersuchen den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Weshalb unterstützt der Kanton mit dem Kantonalen Integrationsprogramm (KIP) Babanews?
2. Mit welchen Beträgen und seit wann wird Babanews finanziell unterstützt?
3. Ist der Regierungsrat trotz der erwähnten Aussagen gewillt, Babanews weiterhin finanziell zu unterstützen?
4. Wenn ja, wie stellt sich der Regierungsrat zum Verhalten von Babanews?

Auf Antrag der Direktion der Justiz und des Innern

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Tobias Infortuna, Egg, und Mitunterzeichnende wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 und 2:

Das Projekt Baba-Academy der Projektträgerschaft Babanews wurde von der Stadt Zürich mit einem Beitrag von Fr. 15 000 unterstützt. Die Finanzierung erfolgte über den Integrationskredit der Stadt Zürich, der auch aus Mitteln des Kantonalen Integrationsprogramms gespeist wird. Das Projektziel lag in der Durchführung von Workshops für Schulklassen und Lehrkräfte, die zur Verhinderung von Hassrede beitragen und zum Kennenlernen unbewusster Vorurteile anregen sollten. Das Projekt fand zwischen Juni 2021 und Juni 2023 statt und ist abgeschlossen.

Zu Frage 3:

Zurzeit unterstützt der Kanton keine Projekte von Babanews.

Zu Frage 4:

Der Regierungsrat anerkennt die Bedeutung der Meinungsfreiheit und der Unabhängigkeit der Medien für eine funktionierende Demokratie. Er respektiert die redaktionelle Freiheit der Medienschaffenden. Gleichzeitig erwartet er, dass von der öffentlichen Hand geförderte Medien sich ihrer tragenden Rolle als Informationsvermittler und Meinungsmacher bewusst sind. Der Regierungsrat duldet keine gewaltfördernden oder -verharmlosenden Darstellungen. Die Prinzipien einer ausgewogenen und sachlichen Berichterstattung sind zu beachten. Ebenso haben die geförderten Stellen einen Beitrag an den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft zu leisten.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Direktion der Justiz und des Innern.

Vor dem Regierungsrat

Die Staatsschreiberin:

**Kathrin Arioli**